

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Wohlstand für alle“ war in den 50er Jahren Zielsetzung des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard. Erhards Überlegungen: Die Politik müsse nur dafür sorgen, dass der Kuchen wachse, dann würde für alle ein entsprechend größeres Stück davon abfallen. Zwar wächst der Kuchen nach wie vor, doch der Wohlstand für alle, funktioniert schon lange nicht mehr. In kaum einem anderen Euro-Land ist der Unterschied zwischen Arm und Reich so über das Erträgliche hinaus gewachsen wie in Deutschland.

Sozial Spezial nahm diese soziale Schieflage zum Anlass, Dierk Hirschel, ver.di-Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, zu dieser Problematik zu befragen.

### Ab wann ist jemand arm?

In den Ländern der Europäischen Union gilt derjenige als arm, der weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zum Leben hat. Es handelt sich somit um relative und nicht um absolute Armut. Die lebensnotwendigen Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, etc.) sind abgedeckt. Dennoch sind die Lebenschancen der Armen deutlich schlechter als die der Mehrheit der Bevölkerung. Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes liegt die Armutsgrenze für einen kinderlosen Single bei 917 Euro. Für ein Paar mit einem unter sechsjährigem Kind liegt die Armutsschwelle bei 1651 Euro. Deutschlandweit ist fast jeder Sechste von Armut betroffen, die Armutsquote liegt bei 15,4 Prozent.

### Welches sind die Ursachen für diese Armut?

Das höchste Armutsrisiko haben Alleinerziehende, Arbeitslose, Geringqualifizierte, Migranten und kinderreiche Familien. Zudem kehrt seit der Jahrtausendwende die Altersarmut zurück. Die Zahl der Bezieher von Altersgrundsicherung hat sich von 2003 bis 2014 verdoppelt.

Die Armut ist zu großen Teilen politisch gemacht. Die so genannten Arbeitsmarktreformen der Schröder-Regierung haben zu einem Wachstum prekärer Beschäftigung - Zeitarbeit, unfreiwillige Teilzeit, Minijobs, Werksverträge und Soloselbständigkeit - und der Niedriglöhne geführt. Deswegen gab es immer mehr Menschen, deren Lohn nicht zum Leben reichte. Erst die Einführung des Mindestlohns steuerte dieser Entwicklung entgegen.

Die Arbeitsmarktpolitik versagte, wenn es darum ging Langzeitarbeitslose, darunter viele alleinerziehende, ältere oder gehandikapte Menschen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Seit 2010 wurden die Hilfen für Langzeitarbeitslose sogar noch gekürzt.

Eine weitere Ursache für Armut sind unzureichende Sozialleistungen. Die Regelsätze bei Hartz IV und in der Altersgrundsicherung sind bis heute nicht armutsfest. Nach Berechnungen der Paritätischen Forschungsstelle müsste ein armutsfester Regelsatz mindestens 491 Euro betragen.

Desweiteren verfestigte eine sozial ungerechte Bildungspolitik die Armut. In keinem Industrieland ist der Bildungserfolg so stark abhängig vom Elternhaus wie in Deutschland. So bleibt der teuflische Kreislauf von elterlicher Armut, Kinderarmut, schlechten Bildungschancen und späterer Einkommensarmut intakt.

Doch damit nicht genug. Die rot-grüne Rentenpolitik verabschiedete sich von der Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit der gesetzlichen

Rente. Eine veränderte Rentenformel entkoppelte die Rente von den Löhnen. Die Rente mit 67 war eine weitere Leistungskürzung. Wer heute monatlich 2600 Euro brutto in der Tasche hat, muss mehr als 33 Jahre Vollzeit arbeiten, um später nicht auf dem

Sozialamt zu landen. Da jeder dritte sozial versicherte Beschäftigte aber weniger als 2500 Euro erhält, droht Millionen Menschen ein würdeloses Altern.

Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung\*

\*jeweils am 31. Dezember, in Tausend



Was können wir politisch tun, um eine Rückkehr der Altersarmut zu verhindern?

Wir brauchen eine armutsfeste und lebensstandardsichernde gesetzliche Rente. Das Sicherungsniveau darf nicht unter 50 Prozent liegen. Lohnentwicklung und Beitragssatz müssen wieder die Rentenhöhe festlegen. Dafür muss die Rentenformel korrigiert werden. Zeiten der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege sowie gering entlohnte Erwerbsphasen sollten rentenrechtlich aufgewertet werden. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, darf nicht noch mit hohen Abschlägen bestraft werden. Eine Mindestrente muss verhindern, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, später zum Sozialamt müssen. Langfristig sollte die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden. Die deutschen Gewerkschaften werden ab Herbst eine Kampagne starten, um für unsere rentenpolitischen Forderungen breit zu mobilisieren.

Wie erreichen wir darüber hinaus mehr soziale Gerechtigkeit?

Zunächst muss die Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gestärkt werden. Dafür muss das Tarifsystem gestärkt, der Mindestlohn erhöht, Minijobs, ungleich bezahlte Zeitarbeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit und Werksverträge durch reguläre Beschäftigung ersetzt sowie die Mitbestimmung ausgebaut werden. Nur durch eine Neuordnung des Arbeitsmarkts kann Erwerbsarmut zukünftig verhindert werden. Um Langzeitarbeitslose leichter in Arbeit zu bringen, müssen die arbeitsmarktpolitischen Hilfen wieder aufgestockt und ein öffentlicher Beschäftigungssektor geschaffen werden. Bildungspolitisch brauchen wir eine gezielte Förderung sozial benachteiligter Kinder. Dafür braucht es mehr Kitas, mehr Ganztagschulen und natürlich mehr Lehrer und Sozialpädagogen. Desweiteren müssen die Regelsätze armutsfest gemacht werden.

Ist eine solche Politik in Zeiten der Flüchtlingskrise überhaupt bezahlbar?

Die Versorgung und Integration der Flüchtlinge kostet einen niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag. Im Vergleich zur Bankenrettung sind das Peanuts. Jetzt aber geht es um Menschen und nicht um Glaspaläste.

Die Rattenfänger von der selbst ernannten Alternative für Deutschland (AfD) behaupten, dass die Flüchtlinge den Hartz IV-Empfängern, Arbeitslosen und Rentnern das Geld wegnehmen würden. Das ist



rechtspopulistischer Unfug. Es gibt keinen Verteilungskonflikt zwischen Deutschen und Zuwandern, sondern nur zwischen Arm und Reich. Deswegen werden Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner, die ihr Kreuz bei der AfD machen, noch ihr blaues Wunder erleben. Diese arbeitnehmerfeindliche Truppe würde sofort den Mindestlohn abschaffen, die gesetzliche Rente kürzen und Reichensteuern senken, wenn sie in Berlin etwas zu sagen hätte.

Unsere Aufgabe ist es die Verteilungsfrage richtig zu stellen. Wir wollen von Oben nach Unten umverteilen. Die Herkunft interessiert uns dabei nicht. Geld ist genug da. Es ist nur in den falschen Händen. Der private Reichtum ist fünfmal so groß wie die gesamte Staatsverschuldung. Deswegen wollen wir hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuern. Durch eine Vermögenssteuer, eine reformierte Erbschaftssteuer, eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen und einen besseren Steuervollzug können wir die Armut beseitigen und auch noch den Flüchtlingen helfen.

